

SuedLink

BBPIG-Vorhaben 3, HGÜ-Verbindung Brunsbüttel - Großgartach
Leitung-Nr.: LH-16-10001

Vorhabenträger:

TRANSNET BW

Ersteller:



ILF Consulting Engineers Austria GmbH
Feldkreuzstraße 3
6063 Rum bei Innsbruck
Österreich

DokumentenzahlNr.: SLPS-ICE-000482

Planfeststellung

**Planfeststellungsabschnitt E2
von km 0+000 bis 79+525**

Unterlagen nach § 21 NABEG

DECKBLATT I

Teil A01

Erläuterungsbericht

Anhang 03: Erläuterungsbericht zum Deckblatt I

00	19.04.2024	Deckblatt I	Franziska Fieg	Astrid Wagner	Martin Pehm
Vers.	Datum	Ausgabe	Erstellt	Geprüft	Freigegeben

Inhaltsverzeichnis

Inhaltsverzeichnis.....	2
Abbildungsverzeichnis.....	3
Abkürzungsverzeichnis.....	3
1 Einleitung	4
1.1 SuedLink	4
1.2 Einordnung der Unterlage	4
1.3 Inhalt und Zweck des Dokuments.....	4
2 Genehmigungsrechtliche Einordnung.....	6
2.1 Vorausgegangene Planungsschritte.....	6
2.1.1 Einreichung des Plans und der Unterlagen gemäß § 21 Absatz 1 NABEG.....	6
2.1.2 Überprüfung der Vollständigkeit gemäß § 21 Absatz 5 NABEG.....	6
2.1.3 Ablauf und Ergebnis des Verfahrens nach § 22 Absätze 2 bis 4 NABEG (Beteiligung der Träger öffentlicher Belange und Öffentlichkeit)	6
2.1.4 Ablauf und Ergebnis der Erörterungstermine nach § 22 Absätze 6 NABEG.....	6
2.2 Rechtliche Grundlagen.....	7
3 Beschreibung der geänderten Planungen	8
3.1 Veranlassung	8
3.2 Kennzeichnung	8
3.3 Planänderungen.....	9
3.3.1 Übergeordnetes Thema 1 – Anpassung zur Minderung von Beeinträchtigungen eines Grundeigentümers	9
4 Literatur- und Quellenverzeichnis	11
4.1 Literatur.....	11
4.2 Gesetze, Richtlinien, Unterlagen und Verordnungen	11

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: räumliche Einordnung des von der Planänderung betroffenen Trassenabschnitts	5
--	---

Abkürzungsverzeichnis

Abkürzung	Erläuterung
BBPIG	Bundesbedarfsplangesetz
BNetzA	Bundesnetzagentur
FFH	Fauna-Flora-Habitat
HGÜ	Hochspannungs-Gleichstrom-Übertragung
NABEG	Netzausbaubeschleunigungsgesetz Übertragungsnetz
PlanSiG	Planungssicherstellungsgesetz
TÖB	Träger öffentlicher Belange
UVP	Umweltverträglichkeitsprüfung
UVPG	Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung
VwVfG	Verwaltungsverfahrensgesetz

1 Einleitung

1.1 SuedLink

SuedLink ist ein Netzausbauprojekt des Stromübertragungsnetzes, das als Erdkabelverbindung geplant wird. SuedLink besteht aus je einer Verbindung zwischen Brunsbüttel in Schleswig-Holstein und Großgartach in Baden-Württemberg (diese Verbindung wird in der Anlage zum Bundesbedarfsplangesetz (BBPlG) als „Vorhaben Nr. 3“ geführt) sowie zwischen Wilster in Schleswig-Holstein und Bergrheinfeld/West in Bayern (diese Verbindung wird in der Anlage zum BBPlG als „Vorhaben Nr. 4“ geführt). Rechtlich handelt es sich um zwei eigenständige Vorhaben, für die jeweils eigene Anträge auf Planfeststellungsbeschluss gestellt wurden. Die Planfeststellungsverfahren werden für die beiden genannten Vorhaben im Bereich der Stammstrecke verfahrensrechtlich verbunden. SuedLink ist in 15 Planfeststellungsabschnitte unterteilt. Die gegenständliche Unterlage ist Bestandteil der Unterlagen zum Deckblattverfahren I im Planfeststellungsabschnitt E2. Der Planfeststellungsabschnitt E2 umfasst allein Anlagen und Maßnahmen des Vorhabens Nr. 3.

Für weitergehende Informationen zu SuedLink und zum Planfeststellungsverfahren wird auf die Kapitel 0 ff. im Teil A01 „Erläuterungsbericht“ der Unterlagen gem. § 21 NABEG verwiesen.

1.2 Einordnung der Unterlage

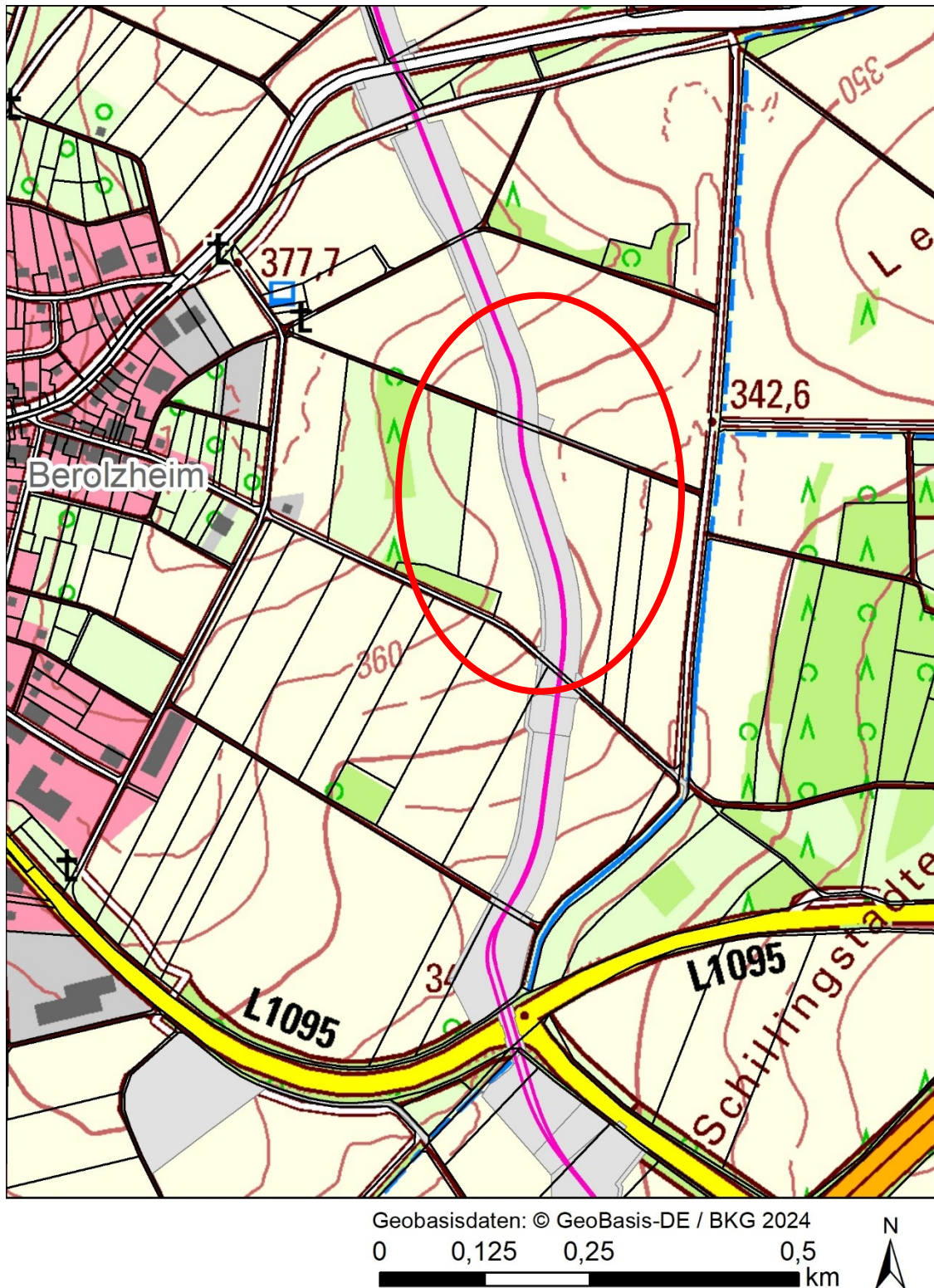
Das vorliegende Dokument Teil A01 „Erläuterungsbericht“, Anhang 03 „Erläuterungsbericht zum Deckblatt I“ ist Bestandteil der geänderten Unterlagen gemäß § 22 Absatz 7 NABEG bzw. § 18 Absatz 5 NABEG, § 43a ENWG, § 73 Absatz 8 VwVfG für SuedLink im Planfeststellungsabschnitt E2.

1.3 Inhalt und Zweck des Dokuments

Gegenstand des vorliegenden Dokumentes ist eine Beschreibung der Planänderung, die mit dem Deckblatt I eingebracht wird.

Dabei handelt es sich um eine geringfügige Verswenkung der Trasse bei km 36+551 bis km 36+932 aufgrund neuer Erkenntnisse zum Umfang der Beeinträchtigung eines Grundstückseigentümers. Betroffen von der Planänderung sind die Flurstücke 1398, 1397 und 1393 der Gemarkung Berolzheim, Ahorn. Weitergehende Informationen sind dem Kapitel 3.3.1 zu entnehmen.

Abbildung 1: räumliche Einordnung des von der Planänderung betroffenen Trassenabschnitts



2 Genehmigungsgesetzliche Einordnung

2.1 Vorausgegangene Planungsschritte

2.1.1 Einreichung des Plans und der Unterlagen gemäß § 21 Absatz 1 NABEG

Der Vorhabenträger hat den Plan und die Unterlagen gemäß § 21 Absatz 1 NABEG für den Planfeststellungsabschnitt E2 am 28.04.2023 bei der Bundesnetzagentur eingereicht. Dies erfolgte auf Grundlage der Anträge auf Planfeststellungsbeschluss gemäß § 19 NABEG vom 08.10.2020, des anschließenden schriftlichen Verfahrens gemäß § 5 PlanSiG und des daraufhin von der BNetzA festgelegten Untersuchungsrahmens gemäß § 20 Absatz 3 NABEG vom 28.01.2021. Im Übrigen wird hierzu auf Teil A01 „Erläuterungsbericht“, Kapitel 2.3 der Planfeststellungsunterlagen verwiesen.

2.1.2 Überprüfung der Vollständigkeit gemäß § 21 Absatz 5 NABEG

Die BNetzA hat den Plan und die Unterlagen gemäß § 21 Absatz 1 NABEG auf ihre Vollständigkeit hin überprüft und die Vollständigkeit gemäß § 21 Absatz 5 NABEG am 12.06.2023 schriftlich bestätigt.

2.1.3 Ablauf und Ergebnis des Verfahrens nach § 22 Absätze 2 bis 4 NABEG (Beteiligung der Träger öffentlicher Belange und Öffentlichkeit)

Die Bundesnetzagentur hat die Träger öffentlicher Belange (TöB), die von dem Vorhaben berührt sind, zur Stellungnahme zum eingereichten Plan aufgefordert. Darüber hinaus konnten anerkannte Umweltvereinigungen sowie Personen, deren Belange durch das Vorhaben berührt werden, vom 29. Juni bis zum 28. August 2023 Einwendungen gegen den Plan erheben. Dazu wurden die Unterlagen ab dem 29. Juni 2023 in elektronischer Form auf der Beteiligungsplattform der BNetzA im Internet veröffentlicht.

2.1.4 Ablauf und Ergebnis der Erörterungstermine nach § 22 Absätze 6 NABEG

Die Bundesnetzagentur hat bei einem nicht-öffentlichen Erörterungstermin die rechtzeitig erhobenen Einwendungen und Stellungnahmen diskutiert. Teilnahmeberechtigt waren der Vorhabenträger, die Träger öffentlicher Belange und diejenigen, die Einwendungen erhoben oder Stellungnahmen abgegeben haben. Der Erörterungstermin war am 31.01.2024 in Bad Mergentheim.

2.2 Rechtliche Grundlagen

Werden bereits ausgelegte Unterlagen geändert und wird dadurch eine erneute Beteiligung der Öffentlichkeit nach § 22 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) notwendig, richtet sich das Anhörungsverfahren wegen der Planänderung nach § 22 Absatz 1 bis 6 NABEG unter Berücksichtigung der Sonderregelungen in § 22 Absatz 7 Satz 2 bis 4 NABEG. In allen anderen Fällen der Planänderung (wenn eine erneute Beteiligung der Öffentlichkeit nach § 22 UVPG nicht notwendig ist), ist das Änderungsverfahren gemäß § 18 Abs. 5 NABEG nach Maßgabe von § 43a EnWG und § 73 Abs. 8 VwVfG durchzuführen.

In diesen Fällen ist die Änderung eines bereits ausgelegten Plans gemäß § 73 Absatz 8 VwVfG den Behörden, Vereinigungen oder Dritten mitzuteilen, deren Aufgabenbereich oder deren Belange erstmals oder stärker als bisher berührt werden. Ihnen ist Gelegenheit zu Stellungnahmen und Einwendungen innerhalb von zwei Wochen zu geben. Wird sich die Änderung voraussichtlich auf das Gebiet einer anderen Gemeinde auswirken, so ist der geänderte Plan außerdem in dieser Gemeinde auszulegen.

Vorliegend kann nach der Überzeugung des Vorhabenträgers aufgrund der Geringfügigkeit der Änderung und der verbleibenden Entfernung der Trasse zu in der Umgebung vorhandenen Schutzgütern die Notwendigkeit einer umfassenden erneuten Beteiligung der Öffentlichkeit nach § 22 UVPG ausgeschlossen werden.

3 Beschreibung der geänderten Planungen

3.1 Veranlassung

Im Zuge der konkretisierenden Planungen für das Vorhaben Nr. 3 im Planfeststellungsabschnitt E2 hat sich eine Planänderung im Sinne des § 73 Absatz 8 VwVfG ergeben, die mit dem Deckblatt I eingebracht wird. Der Grund für die Planänderung sind neue Erkenntnisse zum Umfang der Beeinträchtigung eines Grundstückseigentümers (siehe Kapitel 3.3.1).

3.2 Kennzeichnung

Die mit dem Deckblatt I eingebrachte Planänderung wird in den betroffenen Teilen des Plans und der Unterlagen gemäß § 21 Absatz 1 NABEG einheitlich in blauer Farbe kenntlich gemacht.

Jede geänderte Planfeststellungsunterlage wird im Deckblatt bzw. im Plankopf um den Schriftzug „DECKBLATT I“ in blauer Farbe ergänzt. Weiterhin erhält das Dokument eine hochgezählte Revisionsnummer mit ergänzenden Angaben zur Unterscheidung von der ursprünglich eingereichten Planfeststellungsunterlage.

In der Fußzeile einer jeden durch Änderung betroffenen Unterlage wird der Text „Deckblatt I“ ergänzt.

In Berichten und Tabellen werden die ursprünglichen, jetzt aber nicht mehr zutreffenden Textteile durchgestrichen und gleichzeitig in blauer Schrift dargestellt ([Muster](#)). Neu hinzukommende oder den alten Text ändernde Textteile werden in blauer Schrift dargestellt ([Muster](#)).

Bei den Plandarstellungen (Anlagen) wird neben den oben angeführten Anpassungen im Plankopf eine separate Legende zur Erklärung der Änderungen eingefügt. Auch hier werden Änderungen in blauer Farbe dargestellt.

Bei Plänen (Anlagen) werden neben den unveränderten Planinhalten nur die geänderten Planinhalte dargestellt (in blauer Farbe). Farbige Flächenhinterlegungen werden dabei unter Beibehaltung der Farbigkeit blau umrandet. Die ursprünglich enthaltenen Planinhalte, die mit der Änderung entfallen, werden nicht mehr dargestellt. In Einzelfällen werden zur besserer Nachvollziehbarkeit entfallende Planinhalte blau ausgekreuzt.

3.3 Planänderungen

Die mit dem Deckblatt I eingebrachte Planänderung wird dem nachstehenden, übergeordneten Thema zugeordnet:

- übergeordnetes Thema 1: Anpassung zur Minderung von Beeinträchtigungen eines Grundeigentümers.

Die Tabelle 1 gibt einen Überblick über die Teile des Plans und der Unterlagen gemäß § 21 Absatz 1 NABEG, die von der o. g. Planänderung inhaltlich berührt werden.

Tabelle 1: Übersicht der im Rahmen des Deckblattes I geänderten Planfeststellungsunterlagen

Teil	Anhang/ Anlage	Bezeichnung	Bereich
A00	Anhang 01	Gesamtinhaltsverzeichnis	Kapitel „Teil A01 Erläuterungsbericht“
A01		Erläuterungsbericht	Anhang- und Anlagenverzeichnis
A01	Anhang 03	Erläuterungsbericht zum Deckblatt I	neu erstellt
C06	Anlage 01	Lageplan - Kabel 11 (V3)	Blatt 37
		Lageplan - Kabel 12 (V3)	Blatt 48
D02		Rechtserwerbsverzeichnis	D02.1 REV Bau und Betrieb, Seite 35
D03	Anlage 01	Rechtserwerbsplan	Blatt 23

3.3.1 Übergeordnetes Thema 1 – Anpassung zur Minderung von Beeinträchtigungen eines Grundeigentümers

Der Vorhabenträger hat im Zuge des Erörterungstermins gemäß § 22 Absatz 6 NABEG neue Erkenntnisse zum Umfang der Beeinträchtigung eines Grundstückseigentümers erhalten. Aus diesem Grund wurde der Verlauf der Vorzugstrasse bei km 36+551 bis km 36+932 geringfügig nach Westen verschoben. Die vertiefte Überprüfung hat ergeben, dass die Belange des Arten- und Biotopschutzes unter Berücksichtigung der neuen konkreten privaten Belange eine leichte Umtrassierung ermöglichen. Es ergeben sich keine weiteren Beeinträchtigungen des Arten- und Biotopschutzes und die geringfügig nach Westen verschobene Vorzugstrasse verläuft zu Gunsten der im Erörterungstermin hervorgebrachten privaten Belange einer Einwen-derpartei.

Von der Verschiebung der Vorzugstrasse betroffen sind die Flurstücke 1398, 1397 und 1393 der Gemarkung Berolzheim (siehe Teil D03 Rechtserwerbsplan und Rechtserwerbsverzeichnis“, Anlage 01 „Rechtserwerbsplan“, Blatt 23), die bereits von der ursprünglichen Vorzugstrasse betroffen waren. Durch die nach Westen verschobene Vorzugstrasse verringern sich die Flächeninanspruchnahmen (dingliche Sicherung für Schutzstreifen und vorübergehende Flächeninanspruchnahme) auf den Flurstücken 1398 und 1397, während sich jene auf dem Flurstück 1393 geringfügig vergrößern (siehe Teil D02 „Rechtserwerbsverzeichnis“).

Da sich durch den veränderten Verlauf der Vorzugstrasse weder neue Betroffenheiten noch veränderte Auswirkungen auf die Schutzgüter des UVPG ergeben, erfolgt keine Überarbeitung des Teils F „UVP-Bericht“ und der zugehörigen Plananlagen und Detailabbildungen.

Da es sich nur um eine geringfügige Verschiebung der Vorzugstrasse handelt, wird kein zusätzlicher Alternativenvergleich in Teil B integriert. Die neuen Erkenntnisse zur Beeinträchtigung des Grundstückseigentümers gehen über jene in Alternative Nr. 26 (siehe Teil B „Alternativenbetrachtung und Ermittlung der Vorzugstrasse“, Anhang 01 „Vergleichssteckbriefe“, Kapitel 2.26) genannten hinaus und wurden im Anschluss an den Erörterungstermin geprüft. Die Vorzugstrasse wurde optimiert und setzt somit den Anlass aus dem Erörterungstermin um. Im Vergleich zur geprüften Alternative Nr. 26 ist die Vorzugstrasse nach wie vor im Verhältnis zu der geprüften Variante vorzugswürdig. Da sich durch die marginale Verschiebung der Vorzugstrasse keine wesentliche Änderung des Alternativenvergleichs ergibt, bedarf es keiner Anpassung des Teils B.

Der geringfügig nach Westen verschobenen Vorzugstrasse stehen keine Zulassungsschranken des zwingenden Rechts entgegen. Der westlichere Verlauf führt ebenso wie die ursprüngliche Vorzugstrasse über sehr geringwertige Ackerflächen und einen Grasweg, wobei sich die Länge der Vorzugstrasse sogar geringfügig verkürzt. Die magere Flachland-Mähwiese (Lebensraumtyp 6510 nach Anhang I der FFH-Richtlinie) wird auch von der westlicheren Vorzugstrasse umgangen. Zu den Gehölzstrukturen, die potenzielle Habitatbäume für Rabenkrähe (*Corvus corone*) und Turmfalke (*Falco tinnunculus*) beinhalten, wird ein Abstand von über 100 m gehalten (planerisch zu berücksichtigende Fluchtdistanz des Turmfalken gem. Gassner et al. 2010). Die planerisch zu berücksichtigende Stördistanz der Rabenkrähe von 120 m (gem. Flade 1994, Gassner et al. 2010) wird mit dem westlicheren Verlauf der Vorzugstrasse geringfügig unterschritten. Dabei ist darauf hinzuweisen, dass Rabenkrähen auch regelmäßig im Siedlungsraum brüten und somit Störungsvorbelastungen tolerieren können (siehe auch Teil H „Artenschutzrechtlicher Fachbeitrag“, Anhang 01 „Formblätter“, Kapitel 1.5.31). Da es sich um ein bereits vorbelastetes Gebiet nahe des Siedlungsgebietes von Berolzheim handelt, ist davon auszugehen, dass dort angesiedelte Individuen eine hohe Toleranz gegenüber menschlicher Aktivität aufweisen. Durch die offene Bauweise entsteht zudem ein nur temporärer Eingriff von wenigen Wochen innerhalb der Fluchtdistanz.

Ebenso ergeben sich keine Änderungen des Landschaftspflegerischen Begleitplans und der Bilanzierung von Eingriff und Ausgleich in den Naturraum (siehe Teil I „Landschaftspflegerischer Begleitplan“). Kompensationsmaßnahmen werden bei erheblichen Beeinträchtigungen und erheblichen Beeinträchtigungen besonderer Schwere ergriffen. Da sowohl von der ursprünglichen Vorzugstrasse als auch von der geringfügig nach Westen verschobenen Vorzugstrasse lediglich gering bis sehr geringwertige Biotoptypen und geringwertiger Boden beansprucht werden, ergeben sich weder erhebliche Beeinträchtigungen noch erhebliche Beeinträchtigungen besonderer Schwere, weshalb sich der Kompensationsbedarf nicht ändert.

Der hier vorliegende, neu erstellte Anhang 03 „Erläuterungsbericht zum Deckblatt I“ zum Teil A01 „Erläuterungsbericht“ wurde im Anhang- und Anlagenverzeichnis des Teils A01 sowie im Teil A00 „Planfeststellungsabschnitt E2“, Anhang 01 „Gesamtinhaltsverzeichnis“ ergänzt. Außerdem erfolgte eine Anpassung der Blätter 37 und 48 von Teil C06 „Lagepläne 1:2000“, Anlage 01 „Lageplan - Kabel 11 (V3)“ bzw. „Lageplan - Kabel 12 (V3)“ sowie des Blattes 23 des Teils D03 „Rechtserwerbsplan und Rechtserwerbsverzeichnis“, Anlage 01 „Rechtserwerbsplan“ an den veränderten Verlauf der Vorzugstrasse. Aufgrund veränderter Flächeninanspruchnahmen auf den Flurstücken 1398, 1397 und 1393 der Gemarkung Berolzheim wurde auch der Teil D02 „Rechtserwerbsverzeichnis“ angepasst.

4 Literatur- und Quellenverzeichnis

4.1 Literatur

Flade, M. (1994): Die Brutvogelgemeinschaften Mittel- und Norddeutschlands. Grundlagen für den Gebrauch vogelkundlicher Daten in der Landschaftsplanung. Eching.

Gassner, E., Winkelbrandt, A. und Bernotat, D. (2010): UVP und strategische Umweltprüfung. Rechtliche und fachliche Anleitung für die Umweltverträglichkeitsprüfung.

4.2 Gesetze, Richtlinien, Unterlagen und Verordnungen

BBPlG Bundesbedarfsplangesetz vom 23. Juli 2013 (BGBl. I S. 2543; 2014 I S. 148, 271), das zuletzt durch Artikel 5 des Gesetzes vom 8. Oktober 2022 (BGBl. I S. 1726) geändert worden ist

NABEG Netzausbaubeschleunigungsgesetz Übertragungsnetz vom 28. Juli 2011 (BGBl. I S. 1690), das zuletzt durch Artikel 4 des Gesetzes vom 8. Oktober 2022 (BGBl. I S. 1726) geändert worden ist

PlanSiG Planungssicherstellungsgesetz vom 20. Mai 2020 (BGBl. I S. 1041), das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 18. März 2021 (BGBl. I S. 353) geändert worden ist

UVPG Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung in der Fassung der Bekanntmachung vom 18. März 2021 (BGBl. I S. 540), das durch Artikel 14 des Gesetzes vom 10. September 2021 (BGBl. I S. 4147) geändert worden ist

VwVfG Verwaltungsverfahrensgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. Januar 2003 (BGBl. I S. 102), das zuletzt durch Artikel 24 Absatz 3 des Gesetzes vom 25. Juni 2021 (BGBl. I S. 2154) geändert worden ist